



ENERGIEVERSORGER

04.05.2010

TIWAG: Grüne fordern Rechnungshof-Prüfung

Die landeseigene TIWAG steht einmal mehr im Fokus der Aufmerksamkeit. Die Tiroler Grünen verlangen eine Überprüfung durch den Landesrechnungshof. Der Hintergrund sind neue Vorwürfe von Wilhelm gegen die TIWAG.

Reihe von Dokumenten aufgelistet

TIWAG-Kritiker Markus Wilhelm listet auf seiner Internet-Homepage eine Reihe von Dokumenten auf, die aus seiner Sicht zeigen, dass die TIWAG dem Kaunertaler Bürgermeister Pepi Raich im Gemeinderatswahlkampf unter die Arme gegriffen habe.

Raich: Habe mich nicht kaufen lassen

Da sind nämlich im Kaunertal auch die Kraftwerksgegner von der Bürgerinitiative "Lebenswertes Kaunertal" mit einer eigenen Liste angetreten. Sie erreichten auf Anhieb fast ein Drittel der Stimmen, den Bürgermeistersessel konnte Raich aber verteidigen. Ohne Unterstützung der TIWAG, wie Raich betont. Er habe sich nicht von der TIWAG kaufen lassen. Er habe seine Broschüren und Aussendungen bei der Firma Prologo in Auftrag gegeben, um sie zu gestalten. Da gebe es auch eine Rechnung dafür und die habe er selbst bezahlt.

Die Firma Prologo ist zu 51 Prozent im Besitz der Agentur Hofherr, die wiederum die TIWAG in Sachen Wasserkraft-Ausbau berät.

Im Mittelpunkt der Kritik stehen Beratungsstunden, die die Agentur der TIWAG verrechnet habe und die für den Wahlkampf des Bürgermeisters aufgewendet wurden, argumentieren die Grünen. Die Agentur kontert, diese Beratungsstunden betreffen den Probestollen im Kaunertal, der für das Kraftwerksprojekt notwendig sei.



Bruno Wallnöfer

TIWAG weist jeden Zusammenhang zurück

Bei der TIWAG selbst weist man jeglichen Zusammenhang zurück. Man finanziere keine Wahlkämpfe, weder im Kaunertal noch sonstwo, so TIWAG-Chef Bruno

Wallnöfer. Dass man im Zuge der Kraftwerkspläne auch das politische Umfeld in den betroffenen Gemeinden im Auge habe, sei aber ganz logisch.

Grüne wollen Rechnungshof einschalten

Die Tiroler Grünen verlangen eine Überprüfung durch den Landesrechnungshof. Es gebe viel aufzuklären. Für einen Auftrag an den Landesrechnungshof, die TIWAG als Landesunternehmen diesbezüglich zu überprüfen, braucht es aber die Unterschrift von zehn Landtagsabgeordneten.

Liste Fritz:

Für die Liste Frist -Bürgerforum Tirol steht in diesen und weiteren Fällen der Verdacht der Parteienfinanzierung durch die TIWAG im Raum. Um diesem Verdacht nachzugehen, erscheint der Liste Fritz die von den Grünen geforderte Prüfung durch den Landesrechnungshof zu wenig. Stattdessen würde die Liste Fritz die Grünen beim Einsetzen eines Untersuchungsausschusses unterstützen, erklärt Klubobmann Bernhard Ernst in einer Aussendung.